

# Schlaglichter: grüne Mehrheit in Bonn 2020 - 2025

Bei der Kommunalwahl 2020 wurde in Bonn in der Stichwahl eine grüne Oberbürgermeisterin gewählt und im Rat stellen die Grünen die stärkste Ratsfraktion.

Von den 66 Sitzen im Rat entfielen auf die Grünen 19, die CDU 17, die SPD 11, der Bonner Bürger Bund 5, die Linke 4, Volt 3, die FDP 3, die AfD 2, BIG 1 und die Partei 1 Sitz.

Die Grünen bildeten seitdem zusammen mit SPD, Linker und Volt eine Ratskoalition mit einer Mehrheit von 37 der 66 Sitze.

Diese Dokumentation ruft ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Schlaglichter aus diesen fünf Jahren in Erinnerung.

- 1. Verkehrsideologie..... Seite 2**
- 2. Bürgerbevormundung..... Seite 11**
- 3. Verschuldung..... Seite 15**
- 4. Beethovenhallen-Desaster .....Seite 20**
- 5. Sonstiges.....Seite 31**

# 1. Verkehrsideologie

Die größte Veränderung haben die Grünen in der Verkehrspolitik durch eine einseitige Bevorzugung des Fahrrades und eine explizite Anti-Auto-Politik bewirkt. Manche sagen auch, dass Verkehr das einzige Thema sei, das die grüne Oberbürgermeisterin tatsächlich interessiere. Verkehrspartnerschaft mit einem Interessenausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern ist für die Grünen in Bonn dabei ein Fremdwort. In keinem kommunalpolitischen Bereich gingen sie so ideologisch vor wie beim Verkehr. Das Ergebnis ist eine gesplante und polarisierte Stadtgesellschaft.

## 2022 und Allgemeines

**Bonner Grüne wollen Einspurigkeit der Adenauerallee testen - aber nicht in der Adventszeit, denn da gebe es zuviel Verkehr = Realitätscheck nicht erwünscht.**

**Schwaches Bild: Bonner Grüne lehnen Dialogeinladung des Stadtdechanten zur Verkehrspolitik ab. Das lässt Argumentationsarmut vermuten.**

**Grüne: Bonn subventioniert 3 Carsharing-Unternehmen. Sie zahlen für Stellplätze mtl. nur 15€ (Innenst. 60€). Anwohner zahlen für Parkplätze bald das Doppelte. Ungerecht!**

**Grüne Verkehrspolitik:  
750.000 € nur für die rote Farbe für  
Bonner Fahrradstraßen-  
Bonn hats ja...**

Grüne Verkehrspolitik in Bonn – eine Mischung aus Ideologie, Chaos und Schildbürgerstreich  
... (dokumentiert heute im GA)



**Wer den grünen Verkehrsversuch der  
einspurigen Adenauerallee bewerten will,  
sollte dort die Fahrräder auf der  
abgesperrten Fahrradspur zählen.  
Das sind  
selten mehr als fünf in einer Stunde ...**

## 2023

Dr. Stephan Eisel (www.stephaneisel.de - stephan.eisel@gmx.net) 6. Mai 2023

*Aus dem General-Anzeiger Bonn am 6. Mai 2023:*

„Anwohner der Südstadt gehen  
gegen die bisherigen Pläne der Stadt vor, rund 200 Parkplätze  
für Fahrradstraßen im Viertel zu streichen.

Robert Bininda hat, auch im Namen anderer Anlieger,  
einen Bürgerantrag für die nächste Sitzung der Bonner  
Bezirksvertretung am 23. Mai formuliert. ...

„Die Akzeptanz der Verkehrswende  
auf lokaler Ebene erreicht einen Kipppunkt,  
falls nicht die Interessen aller maßgeblichen Gruppen  
und Verkehrsteilnehmer

wirklich angemessene Berücksichtigung finden“,  
so Bininda.“

*Ich habe mehrere Jahre in der Bonner Südstadt gewohnt  
und sehe das genauso!*

*Wir brauchen Verkehrspartnerschaft statt Verkehrsdeologie !*

Dr. Stephan Eisel ([stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de)) 7. Juli 2023

## **Adenauerallee: Zehnmal mehr Autos als Fahrräder, aber Grüne wollen Straßenraum hälftig aufteilen**

Die Grünen wollen in Bonn die Adenauerallee (B9) von vier auf zwei Spuren verengen, obwohl diese Hauptverkehrsachse seit vielen Jahren in jede Richtung für den Autoverkehr zweispurig mit einem Fahrradstreifen funktioniert.

Jetzt will die grüne Oberbürgermeisterin statt einer Autospur „auf der gesamten Länge in beide Fahrtrichtungen eine Protected Bike Lane“ einrichten. Dies soll geschehen, obwohl rheinseitig etwa 200-300 Meter parallel zur Adenauerallee das gesamte Rheinufer für den Autoverkehr gesperrt und nur dem Fahrrad vorbehalten ist.

Im Juni 2023 fand eine neue 24-stündige Verkehrszählung statt – allerdings nur an zwei Kreuzungspunkten mit besonders viel Fahrradverkehr.

Dennoch hat die Zählung ergeben, dass an der Ecke Weberstraße fast zehnmal mehr Autos als Fahrräder unterwegs waren (20.193:2.223).

Selbst auf der Höhe Hofgarten/Uni-Hauptgebäude/Uni-Bibliothek wurden fünfmal mehr Autos als Fahrräder gezählt (19.462:3.998).

Dennoch wollen die Grünen den Straßenraum hälftig aufteilen werden.

**Das ist Verkehrsideologie statt Verkehrspartnerschaft.**

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 27. Juli 2023

## **Fahrradfahrer sind privilegierte Verkehrsteilnehmer**

Die Fahrradlobby in Bonn ist zwar laut und gut organisiert, aber sie ignoriert die Lebenswirklichkeit vieler Menschen.

Das Fahrrad ist ein Verkehrsmittel für Privilegierte, die gesundheitlich fit sind, nichts Schweres transportieren müssen, terminlich flexibel und wetterunabhängig sind, keine längeren Strecken z. B. zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen müssen usw.

Weil all' das oft nicht der Fall ist, sind viele Fahrradfahrer zugleich auch Autofahrer.

Nur das Fahrrad zu nutzen, ist Option für eine privilegierte Minderheit. Das hat auch die jüngste Verkehrszählung auf der Adenauerallee bestätigt. Selbst im sommerlichen Juni waren dort (Ecke Weberstrasse) fast zehnmal mehr Autos als Fahrräder unterwegs (20.193:2.223).

Trotzdem will die grüne Stadtspitze durch Wegfall einer Fahrspur für Autos den Verkehrsraum Adenauerallee zur Hälfte für Fahrräder reservieren.

Mit Verkehrspartnerschaft hat das nichts zu tun, zumal rheinseitig etwa 200 Meter parallel zur Adenauerallee das gesamte Rheinufer für den Autoverkehr gesperrt und nur dem Fahrrad vorbehalten ist.

Es kann nicht überraschen, dass diese einseitige Bevorzugung des Fahrrads andere Verkehrsteilnehmer vor den Kopf stößt und sich dagegen zunehmend Widerstand in der Bürgerschaft regt.

# ZUR ADENAUERALLEE

*Der e-mail-Wechsel von Stephan Eisel mit dem  
für Verkehr zuständigen Dezernenten Helmut Wiesner*

*Hervorhebungen dienen der besseren Verständlichkeit  
und sind so nicht in den Originalmails enthalten*

## I.

Von: Stephan Eisel <[stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)>

Gesendet: Montag, 22. Mai 2023 08:32

An: Wiesner, Helmut (Dez\_III) <[Helmut.Wiesner@Bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@Bonn.de)>

Betreff: Adenauerallee

Lieber Herr Wiesner,

Mit Interesse habe ich Ihr heutiges GA-Interview gelesen und dazu zwei Fragen:

1) Sie erwähnen, dass „repräsentativ für diese Achse“ an der Adenauerallee „am südlichen Ende des Hofgartens“ und „südlich des Juridicums“ Fahrradfahrer gezählt wurden. Können Sie mir sagen, wo diese Zählorte genau waren und wann gezählt wurde ?

2). Sie erwähnen „geltende Richtlinien“, die verhindern dass die Vierspurigkeit der Adenauerallee erhalten werden kann. In der städtischen Pressemitteilung dazu heisst es: "Da gemäß aktueller Regelwerke – die Richtlinien für Stadtstraßen (RASt 06) und Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) – der Status quo mit zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung und Platz für den Radverkehr nicht wiederhergestellt werden kann ...“

Ich habe mir RASt 06 und ERA 2010 durchgesehen und dort nur allgemeine Empfehlungen, aber keine verbindlichen rechtlichen Vorschriften gefunden. Könnten Sie mir die verbindlichen (!) Richtlinien, die von Ihnen auf den Fall Adenauerallee angewandt werden sollen, konkret mitteilen. Es macht ja einen Unterschied, ob etwas rechtlich zwingend vorgeschrieben ist oder Gegenstand politischer Entscheidungen ist. Da Ihrerseits immer nur von „Richtlinien“ die Rede ist, könnte man meinen, dass sie die Empfehlungen in den oben genannten Dokumenten meinen, die haben aber keine verbindlichen Charakter haben, sondern den Kommunen die Entscheidungshoheit überlassen - was bei verbindlichen rechtlichen Vorschriften nicht der Fall wäre. Es wäre schön, wenn Sie mir hier weiterhelfen könnten.

Beste Grüße

Dr. Stephan Eisel

**II.**

Am 22.05.2023 um 16:07

schrieb Wiesner, Helmut (Dez\_III) <[Helmut.Wiesner@Bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@Bonn.de)>:

Sehr geehrter Hr. Dr. Eisel,

vielen Dank für Ihre Nachfrage. Dazu kann ich Ihnen folgende Antworten geben:

1. Knotenpunktzählung B9/Weberstraße (nördlicher Ast) vom 09.10.2018: 2.097 RAD  
Knotenpunktzählung B9/Am Hofgarten (nördlicher Ast) vom 09.10.2018: 3.478 RAD  
Es wurden bewusst „Vor-Corona-Zahlen“ herangezogen, die mit der heutigen Situation noch gut vergleichbar sind.
2. Die „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 06) und „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) geben den Rahmen für eine verkehrssichere Planung der verschiedenen Verkehre. Sie werden von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Köln herausgegeben und sind verwaltungsgerichtlich anerkannte, gültige Planungsvorgaben. Die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, ein eingetragener Verein in Köln, stellt die Regelwerke auf, die für den Entwurf und den Bau von Verkehrsanlagen in Nordrhein-Westfalen (und weiten Teilen Deutschlands) bindend sind. Diese geben neben Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und Verwaltungsvorschrift das Verwaltungshandeln vor.

Die FGSV hat im **Dezember 2022** mit der sogenannten „E Klima“ ergänzende Anforderungen an die Anwendung von ERA 2010 und RAST 06 formuliert, **die aktuell durch Überarbeitung der Richtlinien zugunsten klimafreundlicher Mobilitätsträger berücksichtigt werden**. Die ergänzenden Anforderungen verweisen explizit darauf, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Verkehrsteilnehmenden in der Planung von Verkehrsanlagen zu berücksichtigen ist. Bei Abweichung von diesen Regelwerken würde die Stadt missachten, welche Elemente nach anerkannten Regeln der Technik die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden gewährleisten. Damit würde sich die Verwaltung juristisch angreifbar machen, zudem würde bewusst unsichere Infrastruktur geschaffen. Dies kann die Stadtverwaltung nicht verantworten.

Beste Grüße  
Helmut Wiesner  
Bundesstadt Bonn  
Dezernat für Planung, Umwelt u. Verkehr  
Stadtbaurat

## III.

Von: Stephan Eisel <[stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)>

Gesendet: Montag, 22. Mai 2023 18:50

An: Wiesner, Helmut (Dez\_III) <[Helmut.Wiesner@Bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@Bonn.de)>

Betreff: Re: Adenauerallee

Sehr geehrter Herr Wiesner,

Vielen Dank für die interessanten Informationen.

Zu 1.) Man kann trefflich darüber streiten, ob die Zahlen von 2018 mit heute vergleichbar sind (z. B. Homeoffice). In jedem Fall ist die Umgestaltung von Brassertufer/ Rathenauufer als ausschliessliche Fahrradrouten nicht berücksichtigt und deshalb sind Zahlen von 2018 m. E. wenig aussagekräftig. Dazu müsste man Zahlen erheben, wenn die Rheinufer-Variante einige Zeit in Betrieb ist.

Zu 2.) Wenn ich es richtig sehe, beruft sich die Verwaltung auf „ergänzende Anforderungen“ der FGSV vom Dezember 2022, die z. Zt. noch garnicht in ERA2010 und RASt eingeflossen sind. **Es gibt also noch keine gültige rechtliche Grundlage oder Empfehlung, sondern die Verwaltung vermutet eine solche.** Außerdem gehören zu „klimafreundlichen Mobilitätsträgern“ ja auch die zunehmende Zahl von E-Auto und nicht nur das Fahrrad und schließlich ist das „subjektive Sicherheitsgefühl“ eine Frage der Bewertung. Eine konkrete repräsentative Befragung der Verkehrsteilnehmer auf der Adenauerallee liegt m. W. nicht vor. Schließlich könnte das Problem auch dadurch gelöst werden, dass die Fahrradfahrer generell auf das Rheinufer verwiesen werden. Auch damit würde auf der Adenauerallee keine „bewusst unsichere Infrastruktur geschaffen“, zumal eine solche Infrastruktur auch dort nicht „geschaffen“ würde, denn es gibt ja den keineswegs unsicheren Staus quo.

**Vor allem aber bestätigen Ihre Auskünfte, dass es keinen rechtlichen Zwang für die Herstellung der Einspurigkeit auf der Adenauerallee gibt, sondern es sich hier um eine politische Entscheidung mit bekanntermaßen unterschiedlichen Bewertungen geht. Sonst dürfte/müsste der Rat ja nicht entscheiden.**

Es wäre hilfreich, wenn auch die Verwaltung deutlicher drauf hinweisen würden, dass neben den Bewertungen der Verwaltung auch andere Bewertungen möglich sind. Das möge dann der Rat entscheiden, aber einen rechtlichen Zwang für eine bestimmte Variante gibt es nach Ihren Auskünften nicht.

Beste Grüße

Dr. Stephan Eisel

## IV.

Am 22.05.2023 um 19:07

schrieb Wiesner, Helmut (Dez\_III) <[Helmut.Wiesner@bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@bonn.de)>:

Sehr geehrter Hr. Dr. Eisel,

ich bitte meine Auskünfte nicht falsch zu interpretieren. Deshalb folgende Klarstellung:

Die Verwaltung beruft sich nicht auf „ergänzende Anforderungen“ der FGSV vom Dezember 2022, sondern weist auf diese hin. Die Verkehrsraumaufteilung bezieht sich auf die ERA2010 und RASt in den aktuellen Fassungen. Diese sind gültige Empfehlung bzw. anerkannte Regel der Technik.

**Vor diesem Hintergrund gibt es zwar keinen unmittelbaren rechtlichen Zwang für die Herstellung der Einspurigkeit auf der Adenauerallee.** Allerdings ist die richtlinienkonforme Ausführung Maßstab nicht zuletzt einer evtl. juristischen Bewertung, ob eine verkehrssichere Anlage auf der Fahrbahn hergestellt wird oder nicht. – **Vor diesem Hintergrund ist letztendlich auch politisch zu entscheiden.**

Beste Grüße

Helmut Wiesner

Bundesstadt Bonn, Dezernat für Planung, Umwelt u. Verkehr

## V.

Von: Gmx1 <[stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)>

Gesendet: Montag, 22. Mai 2023 19:22

An: Wiesner, Helmut (Dez\_III) <[Helmut.Wiesner@Bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@Bonn.de)>

Betreff: Re: Adenauerallee

Sehr geehrter Herr Wiesner,

Genau darum geht es mir: es gibt keinen rechtlichen Zwang für eine bestimmte Lösung - dieser Eindruck entsteht zur Zeit bei vielen -, sondern es geht um eine politische Entscheidung. Es freut mich, dass wir hier übereinstimmen, auch wenn wir in der Sache „Einspurigkeit“ wohl unterschiedlicher Meinung sind. In diesem Sinn würde ich unseren Mail-Wechsel gerne Interessierten zugänglich machen.

Beste Grüße

Stephan Eisel

## VI.

Von: "Wiesner, Helmut (Dez\_III)" <[Helmut.Wiesner@Bonn.de](mailto:Helmut.Wiesner@Bonn.de)>

Betreff: AW: Adenauerallee

Datum: 22. Mai 2023 um 19:23:57 MESZ

An: Gmx1 <[stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)>

Sehr geehrter Hr. Eisel,

mit letzterem bin ich nicht einverstanden.

Beste Grüße

Helmut Wiesner

Bundesstadt Bonn

# 2024

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 4. Mai 2024

## Anwohner-Parken: Bonner Grüne bundesweit Spitzenreiter bei den Gebühren

Der Anwohner-Parkausweis soll den Menschen, die dort leben, das Abstellen ihres Autos ermöglichen. Im Oktober 2020 wurde die bundesweite Obergrenze für Anwohner-Parkausweise von 30,70 Euro pro Jahr abgeschafft und die Gebührenhoheit den Ländern übertragen. Einige Bundesländer haben dies den Kommunen übertragen. Das führte zu teilweise drastischen Gebührenerhöhungen. Dabei sind die Bonner Grünen bundesweit einsamer Spitzenreiter. Die Jahresgebühr für Anwohner-Parkausweise beträgt zur Zeit:

**Bonn: 360 €**

Bremen: 75 €

Frankfurt am Main: 120 €

Freiburg im Breisgau: 200 €

Koblenz: min 100 € (plus Fahrzeuggröße)

Heidelberg: 120 €

Kaiserslautern: 200 €

Leverkusen: 60 €

Ludwigshafen: 180 €

Mannheim: 127,50 (ab 2025)

Mülheim an der Ruhr: 150 €

Münster: 260 €

Neuss: 120 €

Offenbach: 75 €

Osnabrück: 140 € (ab 2025)

Trier: 200 €

Ulm: 200 €

Wiesbaden: 120 €

Wolfsburg: 120 €

In Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gibt es bislang keine Verteuerungen. Dort liegen die Preise für Anwohnerparken noch bei gut 30 Euro pro Jahr oder darunter.

(Quelle: ADAC)

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [Stephan.eisel@gmx.net](mailto:Stephan.eisel@gmx.net)) 9. August 2024

## Wie die grüne Verkehrspolitik in Bonn scheitert

In ihrem Programm für die Kommunalwahl 2020

haben die Bonner Grünen ausdrücklich gefordert:

**„Unser Ziel ist es, weniger Autos in der Stadt zu haben“.**

Um diese Ziele umzusetzen hat die von den Grünen geführte

Bonner Ratskoalition seit nunmehr vier Jahren konsequent

auf eine einseitige Privilegierung des Fahrrads gesetzt

und ebenso konsequent durch die Streichung von Parkplätzen

und radikale Verteuerung des Anwohnerparkens sowie

Tempo-30-Zonen und Einspurigkeitsregeln auch auf Durchgangsstraßen

eine Anti-Autopolitik betrieben.

Das Problem der Grünen ist,

dass die Menschen auf diese Bevormundungspolitik nicht reagieren.

Die Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes zeigen für Bonn im Gegenteil, dass die

Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge seit 2021 praktisch unverändert ist.

Jahr (zum 31.12.)	PKW insgesamt	davon gewerblich	LKW
2023	175.674	41.519	88.571
2022	174.650	39.952	88.720
2021	174.763	39.077	88.525

Fazit:

Wer etwas verändern will, erreicht das nicht mit Bevormundung, sondern durch Anreize und Motivation zur Eigenverantwortung.

Deshalb:

**Verkehrspartnerschaft statt Verkehrsideologie**

## 2. Bürgerbevormundung

Angetreten sind die Grünen mit dem Anspruch die Bürger in besonderer Weise an den Entscheidungen über ihre Politik zu beteiligen. Diese Ankündigung lief völlig ins Leere. Tatsächlich wurden die Bürger mit vollendeten Tatsachen konfrontiert und durften dann ihre zu kosmetischen Kleinigkeiten äußern. Bürgerbeteiligung wurde in den Jahren der grünen Stadtregierung zur leeren Worthülse.

# 2022

Stephan Eisel ([stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de)) 11. Februar 2022

### **Kompromisse statt grüner Rigorismus**

Immer noch heftig umstritten ist in Bonn die Frage, ob im denkmalgeschützten Erholungspark Rheinaue für eine „Fahrradschnellroute“ auf einer Länge von ca. 1,7 Kilometern ein vorhandener Fahrradweg mit einer Breite von 1,80 Metern auf drei Meter ausgedehnt werden muss.

Dafür sollen viele alte Bäume gefällt werden sollen.

So haben es die von den Grünen angeführte Ratsmehrheit beschlossen. Aber es gibt Konflikte mit dem Naturschutz (Erhalt des Baumbestandes).

Dafür setzt sich die Bürgerinitiative „Schäl Sick macht mobil“ ein.

Linksrheinisch hat die Bezirksregierung die Stadt deshalb zur Umplanung gezwungen. Die rechtsrheinisch Route bleibt auf einer Distanz von wenigen hundert Metern strittig.

Dazu hat der General-Anzeiger heute ein Interview mit der grünen Oberbürgermeisterin veröffentlicht, in dem sie sagt:

„Wir müssen Kompromisse schließen.“

Das trifft den Nagel auf den Kopf – aber bisher hat die grüne OB ein direktes Gespräch verweigert, um das die Bürgerinitiative „Schäl Sick macht mobil“ mehrfach gebeten hat.

**Wer kompromissbereit ist, muss vor allem gesprächsbereit sein.**

**Ich hoffe, dazu haben alle die Kraft  
bevor wieder im Morgengrauen Baumfälltrupps anrücken  
und die Stadtverwaltung damit Öl ins Feuer gießt.**

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 29. Dezember 2022

**Im Bonner Norden sollen am Frankenbad  
15 von bisher 30 Parkplätzen gestrichen werden.  
Darüber ärgern sich viele Anwohner und fordern,  
dass die Stadt auch ihre Meinung einholt.  
Das ist aber nicht vorgesehen und der verkehrspolitische Sprecher der  
Grünen im Stadtrat hält das auch noch für richtig (GA 29.12.22).  
So sieht sie eben aus, die Bürgerbeteiligung à la Grüne:  
Wo man befürchtet, Gegenwind zu bekommen,  
werden die Bürger sicherheitshalber nicht gefragt.  
So wird aus Bürgerbeteiligung tatsächlich Bürgerferne  
und dann Bürgerbevormundung.  
Traurig.**

## 2023

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 2. Juni 2023

**Die grün geführte Bonner Stadtverwaltung bot dieser Tage  
der Bürgerschaft eine Veranstaltung zu ihrer einseitigen Fahrradpolitik an  
und setzte dabei ihre Einseitigkeit fort:  
Auf dem Podium saßen nur Befürworter der Politik der Grünen.  
Kein Wunder, dass nur wenige Bürger kamen.  
Wer erwachsenen Menschen solche einseitigen Belehrungstermine anbietet,  
nimmt sie nicht ernst und scheitert,  
die Stadtgesellschaft insgesamt anzusprechen.  
Grüne Verkehrspolitik führt in die ideologische Sackgasse  
und zur Polarisierung, weil sie nichts von Verkehrspartnerschaft hält,  
die alle Verkehrsteilnehmer einbezieht.**

### 12. September 2023

In Beuel führte die grün geführte Stadtverwaltung eine „Bürgerveranstaltung“ zum Parkraumkonzept Beuel-Mitte durch. Hier das im GA zitierte Urteil eines Teilnehmers über diese „Bürgerbeteiligung“ a la Grün:

---

Dieter Schaper, Anlieger in der Ringstraße und ehemaliger SPD-Fraktionschef in der Beueler Bezirksvertretung, meinte am Ende des Abends: „Das war kein Workshop, sondern eine Frontalveranstaltung. Kaum jemand fühlte sich mitgenommen. Es gab wirklich keinen Einwand, auf den man konstruktiv eingegangen ist. Die häufigste Antwort der Vortragenden war, aber das ist eben so. Von einer echten Bürgerbeteiligung waren wir meilenweit entfernt.“

## 2024

Stephan Eisel (stephan.eisel@gmx.net) 21. März 2024

### **Grün geführte Bonner Stadtverwaltung geht willkürlich vor**

**Der Bonner Betriebswirt Philipp Blömer wurde von der grün geführten Stadtverwaltung aufgefordert, Sichtschutzfolien auf Schaufenstern seines z.Zt. leerstehenden Ladenlokals zu entfernen, weil die dort aufgedruckten Hinweise „Vorfahrt für Vernunft“ für eine ausgewogene Verkehrspolitik der "Gestaltungs- und Werbesatzung der Stadt Bonn" widersprechen würden. Die gleiche Stadtverwaltung teilte nun dem General-Anzeiger mit: „Die Beklebung an der Kaiserpassage verstößt ebenfalls gegen die Gestaltungssatzung, kann aber toleriert werden ...“**

**Es geht der Verwaltung also nicht um Verstöße gegen die Gestaltungssatzung, sondern darum, ob ihr der Inhalt des Aufdrucks einer Sichtschutzfolie gefällt. Darin liegt die inakzeptable Willkür des Verwaltungsvorgehens gegen Blömer.**



Stephan Eisel

17. März um 07:58 · 🌐

Der Bonner Betriebswirt [Philipp Blömer](#) hat die Schaufenster eines ihm gehörenden, z.zt. leerstehenden Ladenlokals mit Sichtschutzfolien beklebt, deren Inhalt der grün geführten Stadtverwaltung nicht gefällt, wohl weil darin die Verkehrspolitik der grün geführten Ratsmehrheit kritisiert wird. Die Stadt hat den Eigentümer jetzt aufgefordert die Folien an seinem Eigentum zu entfernen, weil diese das "Stadtbild beeinträchtigen". Die "Gestaltungs- und Werbesatzung der Bonner Innenstadt" erlaube nur Werbung für das eigene Geschäft. Es ist aber sehr wohl Werbung für das eigene Geschäft, wenn man in der Innenstadt am eigenen Eigentum für Vernunft in der Verkehrspolitik wirbt. Die Geschäfte in der Innenstadt leben davon, dass sie nicht durch eine ideologische Verkehrspolitik von ihrer Kundschaft abgeschnitten werden. Das müssen sie auch an ihren Geschäften zum Ausdruck bringen können. Ich halte das Vorgehen der Verwaltung für inakzeptabel und einen billigen Zensurversuch.

Mehr dazu hier:

<https://ga.de/.../kaufmann-muss-plakate-vorfahrt-vernunft...>



Stephan Eisel - [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) - [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) - 10. Mai 2025

### **Beueler Grüne: Ideologie statt Fakten in Bezirksvertretung**

Dass die grün geführte Mehrheit in der Beueler Bezirksvertretung jetzt beschlossen hat, das Auto-Verbot in der Friedrich-Breuer-Straße trotz eines gescheiterten Versuchs dauerhaft zu zementieren, ist reine Ideologie ohne Rücksicht auf die Folgen für den örtlichen Handel.

Es wird einfach ignoriert,

dass die allermeisten der 83 Gewerbetreibenden vor Ort, die an einer Befragung teilgenommen haben, von deutlichen Umsatz- und Finanzeinbußen berichten.

Ein Antrag dem Vorsitzenden der Beueler Gewerbegemeinschaft in der entscheidenden Sitzung Rederecht zu erteilen, lehnten die Grünen ab.

Das ist ein erbärmliches Demokratieverständnis.

Auch wenn man anderer Meinung ist, sollte man die Kraft haben, die anzuhören, die von der eigenen Entscheidung direkt betroffen sind.

# 3. Verschuldung

Der Haushalt der Stadt Bonn hat ein Volumen von ca. 1,7 Mrd € und hatte bisher einen Schuldenstand in etwa gleicher Höhe. Die Verantwortung dafür tragen alle Ratsparteien. Durch die Politik der Grünen wird diese aber bis 2027 mehr als verdoppelt werden und von 1,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € anwachsen.  
 or allem eine enormer Stellenwuchs bei einer sowieso im Vergleich zu anderen Städten schon überdimensionierten Verwaltung ist dafür verantwortlich

## 2023

Dr. Stephan Eisel ([stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de)) 28. April 2023

### Grüner Haushalt in Bonn: Höhere Steuern und doppelte Schulden

In Bonn hat die von den Grünen geführte Ratskoalition mit Linker, SPD und VOLT einen Doppelhaushalt 2023/2024 verabschiedet, mit dem sich die Verschuldung der Stadt

von 1,8 Milliarden € im Jahr 2020 auf 3,5 Milliarden € im Jahr 2027 verdoppelt. Die Zinslast dafür wird sich von jetzt 28,3 Mio € bis 2027 auf ca. 92 Mio € verdreifachen.

Zur Finanzierung dieser enormen Ausgaben hat die grün geführte Ratskoalition **mehrfache Steuererhöhungen zu Lasten der Bürger beschlossen.**

Eine wesentliche Ursache für die steigende Verschuldung Bonns liegt darin, dass seit dem Amtsantritt der grünen Oberbürgermeisterin 2021 der Rat die Stadtverwaltung um ca. 700 Stellen aufgebläht hat. Das ist ein Zuwachs um fast 15 Prozent in nur drei Jahren. In nur fünf Jahren steigen damit die Personalkosten von 416 Mio € auf 473 Mio €.

**Dabei sind Tarifsteigerungen garnicht eingerechnet.**

In Verantwortung der Grünen steigt die Stellenzahl in der Kernverwaltung damit auf 5931. Damit ist die Bonner Stadtverwaltung wesentlich größer als die aller vergleichbaren Städte.

	Einwohner	Stellen in Kernverwaltung
Bonn	330.000	5.931 <sup>1</sup>
Bielefeld	334.000	3.219
Wuppertal	355.000	4.123
Bochum	365.000	5.093
Münster	315.000	4.517
Karlsruhe	312.000	2.636
Mannheim	310.000	4.622

Quelle: Statistik über Haushalte der gesamten Kommunen

Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen in den anderen Städten weniger effizient wären als in Bonn. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung wegen ihrer Größe selbst im Weg steht.

Überdimensionierte Verwaltung schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung. So führt der Bonner Stellenzuwachs nicht zum besseren Bürgerservice etwa bei den Dienstleistungen des Bürgeramtes, sondern dient der Umsetzung vor allem grüner Verkehrsideologie – wiederum finanziert durch Steuererhöhungen, die alle treffen.

12. September 2023

# Grüne verdoppeln Bonner Verschuldung

## Politik auf Kosten künftiger Generationen

Der Haushalt der Stadt Bonn hat ein Volumen von ca. 1,7 Mrd € und bisher einen Schuldenstand in etwa gleicher Höhe: die Stadt hat also schon in den letzten Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verantwortung dafür tragen alle Ratsparteien. Aber auf Wunsch der Grünen soll diese Verschuldung bis 2027 mehr als verdoppelt werden und von 1,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € anwachsen.

Die Stadtverwaltung selbst teilt dem Rat eine „stark defizitäre Haushaltslage“ mit, was die grün geführte Ratsmehrheit aber nicht an immer weiteren zusätzlichen Ausgaben hindert. Das gilt insbesondere für eine enorme Stellenausweitung in der Verwaltung, die die Grünen beschlossen haben. Seit 2021 wurden durch sie 635 neue Stellen geschaffen worden. Das ist ein Zuwachs von mehr als zehn Prozent in einer sowieso schon überdimensionierten Stadtverwaltung.

Bonn hat nämlich bei 330 000 Einwohnern 5484 Stellen in der Kernverwaltung. Alle vergleichbar großen NRW-Städte haben deutliche schlankere Verwaltungen: In Münster (315 000 Einwohner) gibt es 4517 Stellen, in Wuppertal (355 000 Einwohner) 4123 Stellen, in Bochum (365 000 Einwohner) 5093 Stellen und in Bielefeld (334 000 Einwohner) sogar nur 3219 Stellen in der Kernverwaltung.

Die Bonner Stadtverwaltung ist also um mehrere hundert, meist sogar über tausend Stellen größer als in vergleichbaren Städten. Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen dort deshalb weniger effizient wären. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung wegen ihrer Größe selbst im Weg steht. Überdimensionierte Verwaltungen schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung.

Unter den vielen tausend Bonner Verwaltungsmitarbeitern wäre eigentlich genug Raum für Versetzungen, wenn eine neue politische Mehrheit (was ihr gutes Recht ist) neue Aufgaben definiert – aber die Grünen nehmen einfach an, das jetzige Personal sei dafür nicht qualifiziert. Allein für ihren „Klimaplan“ haben die grün geführte Ratskoalition und die grün geführte Stadtverwaltung bis Ende 2024 ca. 50 Mio € und 55 zusätzliche Stellen mit weitgehend undefiniertem Aufgabenzuschnitt vorgesehen. Mittelfristig kommen 60 Millionen Euro für den Radwegausbau dazu.

Der von den Grünen geplante dramatische Anstieg der städtischen Verschuldung führt schon wegen der steigenden Zinsen in den Abgrund. Allein diese Zinsen verdoppeln sich von 2023 bis 2027 auf mindestens 85 Mio €.

Gerne vermitteln die Grünen – und die Kommunalpolitik insgesamt – den Eindruck, die Bonner Haushaltsmisere sei von Bund und Land verschuldet. Dabei setzen sie auch darauf, dass viele Bürger den Umfang der kommunalen Selbstverwaltung nicht kennen, denn selbst bei von Bund und Land zugewiesenen Aufgaben entscheidet die Kommune wie (effizient) diese erledigt werden.

Insgesamt muss man unterscheiden zwischen

- Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung von Bund bzw. Land. Gesetze regeln nicht nur das, sondern auch wie diese Aufgaben zu erfüllen sind. Dazu gehören z. B. das Melderecht,

Zivilschutz, Ordnungsrecht, Bauaufsicht und Flüchtlingsfragen. Das Weisungsrecht gegenüber den Kommunen erstreckt sich allerdings nicht auf Personal- und Organisationsfragen.

- pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben. Die Gemeinde kann nicht entscheiden, ob sie diese Aufgabe erfüllen möchte, aber es besteht Gestaltungsspielraum wie sie die Aufgabe erfüllen möchte. Deshalb trägt die Kommune hier auch die finanzielle Verantwortung. Zu diesen Aufgaben gehören z. B. der Bau und Unterhaltung von Pflichtschulen und Kindergärten, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Sozial- und Jugendhilfe und die Bauleitplanung.
- Schließlich geht es um die freiwilligen Aufgaben, bei denen die Kommune sowohl über das ob als auch das wie entscheiden kann.

Schon einige Beispiele nur aus dem Monat August 2023 zeigen, dass die ungebremste grüne Ausgabenpolitik sich ausschließlich auf freiwillige Ausgaben bezieht:

- Für 469 die zusätzlichen Verwaltungsstellen sollen jetzt Büro-Räume für 1,3 Mio € jährlich angemietet werden (+ 1 Mio € Umbaukosten), weil der Raum im Stadthaus nicht ausreicht.
- Schon der Test einer Einspurigkeit der Adenauerallee, wie ihn die Grünen wollen, wird die Bonner eine sechsstellige Summe kosten.
- 2027 wird die Königswinterer-Straße saniert. Trotzdem wurden auf Beschluss der Grünen für ca. 250.000 € jetzt neue Fahrradstreifen markiert, die dann wieder beseitigt werden müssen.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Zudem muss immer wieder daran erinnert werden, dass allein die Luxussanierung der Beethovenhalle die Bonner mindestens 224,2 Mio € kostet - nur weil die Grünen unbedingt das privat finanzierte Beethoven-Festspielhaus verhindern wollten.

Zugleich fehlen ca. 3,7 Mio € für die Aufrechterhaltung des Offenen Ganztagsbetriebes (OGS), für den die Stadt vor Jahren ein Angebot deutlich über dem Landesniveau beschlossen hat. Der Rat hat zwar im August einstimmig beschlossen, diese Summe bereitzustellen, aber die Sozialdezernentin sagte dazu: „Zusätzliches Geld werden wir in meinem Dezernat nicht mehr finden, wenn wir keine Leistungen kürzen.“ (GA 23. August 2023).

An sich ist Bonn eine reiche Stadt. Allerdings geben Rat und Verwaltung das Geld vielfach an der falschen Stelle aus. Dabei üben sich die Grünen gerne in der Verantwortungsflucht, sie sind aber seit 2009 an den Ratskoalitionen beteiligt und tragen seitdem wesentliche Verantwortung für alle gefassten Beschlüsse. Meist haben sie diese von der Beethovenhalle bis zur Sperrung des Cityrings initiiert und mit der Drohung eines Scheitern der jeweiligen Koalition verbunden.

CDU und FDP haben deshalb 2009 – 2019 zu viele grüne Projekte hingenommen, die die Grünen vorangetrieben haben. Bei den Ratswahlen 2020 wurden sie dafür mit Verlusten von fast 5 % bzw. 3 % abgestraft. Jetzt steht die SPD vor dem gleichen Problem: Zähneknirschend lassen sie die Grünen gewähren statt eigenes Profil zu zeigen.

Das Hauptproblem der Grünen in Bonn ist, dass sie von ihrem eigenen Kurs so überzeugt sind, dass ihnen die Kompromissfähigkeit fehlt – und das bei einem Stimmanteil von nur 27,8 %. Die Folge ist eine immer stärkere Polarisierung der Stadtgesellschaft.

Wer nicht begreift, dass man sich zwar als Partei der Wahl stellt, aber im gewählten Amt dann für alle da ist, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Die Dynamik der Bonner Verschuldung ist eine Folge davon, die auch gefährlich ist, weil sie die Verteilungskämpfe verschärft. Es liegt in der Hand der Wähler, dies bei der nächsten Kommunalwahl 2025 zu ändern – oder die SPD erkennt rechtzeitig, dass die Grünen nicht der einzige mögliche Koalitionspartner sind.

## 2024

Stephan Eisel – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [Sstephan.eisel@gmx.net](mailto:Sstephan.eisel@gmx.net) 27. August 2024

### Die überdimensionierte Stadtverwaltung der Grünen In Bonn über 600 neue Stellen seit 2021

Schon im März 2021 habe ich in einem Leserbrief an den General-Anzeiger darauf hingewiesen, dass die Bonner Stadtverwaltung im Vergleich zu ähnlich großen Städten völlig überdimensioniert ist.

Das hat der GA am 27. August 2024 erneut belegt:



Auch im Vergleich zu Wuppertal, Bochum oder Mannheim zeigt sich diese Diskrepanz. So gibt Bonn fast 100 Mio. € mehr für Personalkosten in der Verwaltung aus als Münster. Für die überdimensionierte Bonner Stadtverwaltung sind alle Parteien im Rat verantwortlich. Aber seit 2021 haben der von den Grünen dominierte Rat und die grüne Verwaltungschefin den Personalbestand besonders ausgeweitet und über 600 weitere Stellen geschaffen. Dabei sollte in der großen Verwaltung das Potential auch zur Erledigung neuer Aufgaben zu finden sein. Überdimensionierte Verwaltungen schaffen sich oft selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung.

Leserbrief General-Anzeiger  
Bonn 3. März 2021

Im General-Anzeiger wurde am 27. Februar berichtet, dass die von den Grünen geführte Ratskoalition mit der grünen Oberbürgermeisterin 183 neue Verwaltungsstellen schaffen will – obwohl sich Bonn von den deutschen Städten vergleichbarer Größe schon jetzt die bei weitem größte Stadtverwaltung leistet. In Bonn gäbe es mit der grünen Stellenausweitung bei 330 000 Einwohnern 5494 Stellen in der Kernverwaltung. Alle vergleichbar großen NRW-Städte haben deutlich schlankere Verwaltungen: In Münster (315 000 Einwohner) gibt es 4205 Stellen, in Wuppertal

(355 000 Einwohner) 4123 Stellen, in Bochum (365 000 Einwohner) 5093 Stellen und in Bielefeld (334 000 Einwohner) sogar nur 3219 Stellen in der Kernverwaltung. Auch ein Blick über die Landesgrenzen zeigt die Diskrepanz: Mannheim (510 000 Einwohner) kommt auf 4622 Stellen und Karlsruhe (312 000) sogar auf nur 2636 Stellen in der Kernverwaltung. Diese Zahlen sind von den befragten Kommunen Anfang März ausdrücklich bestätigt.

In Bonn gibt es also in der städtischen Verwaltung immer mehrere hundert Stellen, meist sogar über tausend Stellen mehr als in vergleichbaren Städten. Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen in diesen Städten deshalb weniger effizient wären. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung

wegen ihrer Größe selbst im Weg steht. Überdimensionierte Verwaltung schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben; oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung. Unter den vielen tausend Bonner Verwaltungsmitarbeitern ist sicher genug Raum für Versetzungen, wenn die neue politische Mehrheit (was ihr gutes Recht ist) neue Aufgaben definiert – oder wollen die Grünen behaupten, das jetzige Personal sei dafür nicht qualifiziert?

In Bonn müssen übrigens 60 Einwohner eine Verwaltungsstelle finanzieren, in Wuppertal verteilt sich die Last auf 86 Einwohner und in Karlsruhe sogar auf 118 Einwohner. Es wäre besser, für eine effizientere Verwaltung zu sorgen als durch eine immer größere Verwaltung die Bürger immer mehr zu belasten. Das gilt für alle Parteien – aber eben auch für die Grünen.

Dr. Stephan Eisel, Bonn

Stephan Eisel ([stephan\\_eisel@gmx.net](mailto:stephan_eisel@gmx.net) – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de))

25. November 2024

## Bonner Grüne: Sparen sollen Andere

Die Verschuldung der Stadt Bonn zwingt Bonn jetzt zu besonderen Sparmaßnahmen.

Dabei geht es auch um die im Vergleich zu anderen ähnlich großen Städten weit überdimensionierte Stadtverwaltung.

In Bonn gibt es ca. 7.600 Verwaltungsstellen für kommunale Aufgaben, in Münster ca. 5.800, in Bielefeld ca. 6.300.

Dennoch haben die Grünen seit 2021 in der Bonner Verwaltung ca. 600 neue Stellen für eigene Lieblingsprojekte geschaffen.

Jetzt will die grüne Oberbürgermeisterin wegen der Verschuldung in fünf Jahren 300 Verwaltungsstellen abbauen – aber natürlich nicht bei den grünen Lieblingsprojekten wie z. B. der ideologischen Verkehrspolitik.

Im Rathaus gilt offenbar die Devise:

Beim Geldausgeben sind wir Grüne ganz vorne, beim Sparen sind Andere dran.

# 2025

8. August 2025

## An allen Ecken fehlt das Geld

Zu „Heidler verhängt Haushaltsperre“ vom 14. August und „Dörner und Heidler fordern Sparvorschläge von Dezernenten“ vom 15. August gibt es Reaktionen aus der Leserschaft.

Die faktische Haushaltsperre der Stadt Bonn ist die vorhersehbare Quittung für die zusammenhanglose Politik der grün-rot-roten Koalition und einer aus meiner Sicht überforderten Oberbürgermeisterin. Frau Dörner genehmigte sich als erste Amtshandlung eines neuen Wackerkopfs politischer Gefolgskulte mit für eine Kommune untypisch hohen Gehältern, sodass das städtische Personal innerhalb von nur einstelligen Jahren um 635 Stellen auf, obwohl Bonn schon vorher über weit mehr Beschäftigte verfügte als vergleichbar große NRW-Städte wie etwa Münster. Die Bonner Infrastruktur ist zureichend marode: Von städtischen Schulen über teilweise geschlossene Schwimmbäder bis zum überdimensionierten Busflottenpark, die städtischen Grünanlagen sind ungepflegt, die Innenstadt ist schmutzig.

An allen Ecken fehlt das Geld, das für den Personalabbau verpöblich wird. Dazu kommt eine Verkehrspolitik, die den innerstädtischen Geschäften das Überleben weiter erschwert. Es passt ins Bild, dass die Stadt Bonn jetzt eine zusätzliche Stelle für einen Kommunikationsreferenten zur Verkehrswege-ausschleife – im Tiefbauamt angesiedelt und zusätzlich zu den 35 Stellen im Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Statt eine Politik zu betreiben, deren Sinnhaftigkeit für die Bürger erkennbar ist, wird mit weiterem Personal eine neue Propagandaoffensive geplant. Wenn aber über viele Monate hinweg solche Öl-



Viel Personal, wenig Geld: Die Stadt Bonn muss ihre Finanzprobleme lösen.

FOTO: SILVANO KREYER

noch Personal oder Amtsleiter städtische Maßnahmen planbarer können, liegt es doch eher an falscher Politik als an Kommunikationsmangel. Früher kann man nicht schönreden, man muss sie korrigieren. **Dr. Gernot Fritz, Bonn**

Zu Recht weist Andreas Besmann in seinem Kommentar „Das böse Erwachen“ darauf hin, dass die Mehrheitstraktionen im Bonner Rat das städtische Personal „besenztangig“ ausgreiften haben, statt die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Personalreduktion wird offiziell damit begründet, die Aufgaben schneller und besser erledigen zu können, in der Regel aber bewirkt sie die Aufblähung des Personalstocks. Niemand fühlt sich mehr verantwortlich für einen Gesamtbesitz und

entscheidet entsprechend. Vielmehr verdrängen sich Kandidatentagen und Abstimmungen, in denen sich die Verwaltung mit sich selbst beschäftigt. So führt die Personalreduktion Entscholungssperren und verschlechtert zum einen die Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bonner. **Peter Clever, Bonn**

Alle müssen sparen, sogar Zuschüsse zu Sozialverbänden stehen auf dem Prüfstand. Natürlich ist die heilige Kuh Personal davon ausgenommen, 400 Millionen Euro für das Personal, 635 neue Stellen in nur zwei Jahren. Da kann man sich nur an den Kopf fassen. Eine Frechheit wäre es, wenn die Grundstückseigentümer diese Rechnung bezahlen müssen. Und ich wisse, dass alle ideologisch geprägten Ausgaben weiterhin statt-

finden werden (Fahradstraßen, Fahrsparnswegung, Parkplatzindemagere, Tempolimit).

**Manfred Wolfweber, Wachtberg**

Die Oberschicht „Dörner und Heidler“ fordert Sparvorschläge von Dezernenten“ hat mich zum Lachen gebracht. Sprechen wir endlich nicht noch von dem großartigen, so überaus notwendigen Stellenzuwachs von mehreren Hundert Mitarbeitern? Alle genehmigt. Was mir da immer gefehlt hat, war eine vorherige Analyse des tatsächlichen Bedarfs und vor allem der Einsparungspotenziale in allen Bereichen. So wie das in Wirtschaftsunternahmen üblich ist. Und jetzt kommt es, leider nicht freiwillig, für garantiert, was für eine Straznaher dabei rauskommen wird. **Jutta Eich, Bonn**

# 4. Beethovenhallen- Desaster

Die Grünen waren 2008 – 2015 die entscheidende politische Kraft bei der Verhinderung des Beethoven-Festspielhauses. Dieses Konzertgebäude auf internationalem Niveau wollten die Deutsche Post DHL und die Deutsche Telekom im Bau völlig privat finanzieren. Entsprechende Architektenwettbewerbe waren auf Kosten der Deutschen Post DHL erfolgreich durchgeführt worden. Den Betrieb sollte eine Betriebsstiftung übernehmen, für die der Deutsche Bundestag bereits 39 Mio Euro zur Verfügung beschlossen hat. Die Stadt Bonn sollte dafür in einem Zeitraum von zehn Jahren insgesamt lediglich 5 Mio Euro beitragen und ein baureifes Grundstück im Wert von etwa 4 Mio Euro zur Verfügung stellen. Die Bonner Grünen waren entscheidend dafür verantwortlich, dass dieses Vorhaben nicht realisiert wurde und setzten stattdessen eine „denkmalgerechte Sanierung“ Beethovenhalle durch. Für alte Mehrzweckhalle wurden in der Folge auf Kosten der Bonner Steuerzahler mehr als 221 Mio € ausgegeben.

## 2022

Stephan Eisel | [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) | [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) | 17. Juni 2022

### **Beethovenhalle: „Arbeiten auf der Baustelle ausgesetzt“**

Laut Bonner Stadtverwaltung hat am 15. Juni 2022 „das Architekturbüro NSA die an der Sanierung beteiligten Projektpartner informiert, dass NSA und die mit der Bauleitung betraute Firma Leitwerk ab sofort die Arbeiten auf der Baustelle aussetzen.“

Am Tag darauf hat OB Dörner (Grüne) die Beteiligten zum Gespräch eingeladen und danach mitgeteilt, man wolle „gemeinsam konstruktiv daran zu arbeiten, eine tragfähige und nachhaltige Grundlage für die weitere Zusammenarbeit im Projekt Beethovenhalle zu schaffen.“

Das ist ein weiterer Offenbarungseid, denn offenbar gibt es eine solche „tragfähige Grundlage“ auch nach dem Gespräch mit der Oberbürgermeisterin nicht. So bleiben seitens des Architekturbüros und der Bauleitung „die Arbeiten auf der Baustelle“ ausgesetzt.

Man kann nur immer wieder an Rat und Verwaltung appellieren, endlich eine Kehrtwende einzuleiten, damit sich das Millionengrab Beethovenhalle (Baukostensteigerung in zehn Jahren von 30 auf 194 Mio €) nicht ständig tiefer wird.

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 11. Juni 2022

## **Bonner Grüne verlieren erstmals Abstimmung zur Beethovenhalle**

**Im Bonner Stadtrat wurden am 9. Juni 2022 erstmals seit Projektbeginn die Grünen bei der Luxussanierung Beethovenhalle überstimmt.**

**Bisher hatten sie immer ihre Koalitionspartner (bis 2021 CDU und FDP, seitdem SPD, Linke und Volt) zum Mitmachen bei dem unsinnigen Projekt überredet.**

**2012 hatte die Verwaltung für die Sanierung der Mehrzweckhalle noch 30 Mio € veranschlagt, jetzt liegt die Kostenprognose über 194 Mio €. Der Zeitplan für die Fertigstellung betrug ursprünglich drei Jahre und liegt, jetzt schon bei mindestens zehn Jahre mit offenem Ende).**

**Die CDU hatte 2021 eingeräumt, dass der Sanierungsbeschluss ein Fehler war.**

**Im März 2022 stellte sie einen Dringlichkeitsantrag im Rat, der auf Betreiben der Grünen ihm April und Mai vertagt wurde, aber jetzt am 9. Juni gegen Grüne, Linke, Volt und OB Dörner, bei Enthaltung SPD und RheinGrün von CDU, FDP und BBB beschlossen wurde.**

**In dem Beschluss (Drs. 220658) heißt es:**

***„Aufgrund der neusten Kostensteigerungen um rund 20 Mio. Euro und dem weiterhin Nichtvorliegen eines Konzeptes, wie die Baustelle der Beethovenhalle zu einem positiven Ende geführt werden kann, wird die Verwaltung beauftragt schnellstmöglich, spätestens jedoch bis zur diesjährigen Sommerpause, Alternativszenarien zur Fertigstellung der Beethovenhalle bis spätestens 2024 vorzulegen.***

***Hierbei ist schlüssig darzustellen, ob ein Weiterbau (Baubegleitende Planung) oder ein temporärer Baustopp (Weiterbau nach Beendigung der Planung) in Hinblick auf das Ziel der Fertigstellung, die Kosten und die Zeitschiene sowie die Rechtsrisiken zielführend ist.“***

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 15. Juni 2022

## **Beethovenhalle: SPD fällt um**

**Noch am 9. Juni hatte die Bonner SPD durch Enthaltung im Rat ermöglicht, dass erstmals seit Projektbeginn die Grünen bei der Luxussanierung Beethovenhalle überstimmt wurden.**

**Mit den Stimmen von CDU, FDP und BBB wurde beschlossen, die Verwaltung solle endlich „Alternativszenarien“ vorlegen. Nur drei Tage später unterstützte die Bonner SPD die Grünen dann bei ihrem Augen-zu-und-durch-Desaster.**

**Die Fakten zur Sanierung der alten Mehrzweckhalle:  
Die Kostenprognosen explodierten von 30 Mio € (2012)  
über 56 Mio € (2015) auf mindestens 194 Mio € (2022).**

**Die Bauzeit dehnte sich von drei auf inzwischen mindestens zehn Jahre aus. Beschlossen wurde dieses Debakel von Anfang an auf Betreiben der Grünen zunächst mit tätiger Hilfe ihrer Koalitionspartner CDU und FDP.**

**Die SPD war dagegen.**

**Die Vorlagen zur Sanierung kamen zunächst von OB Nimptsch (SPD). Sein Nachfolger Sridharan (CDU) war gegen die Luxussanierung, wurde aber im Rat auch von der CDU überstimmt.**

**Seit 2020 kommen die Augen-zu-und-durch Vorlagen von OB Dörner (Grüne). Während die CDU inzwischen ihren Fehler eingesehen hat, hat die Bonner SPD am 13. Juni im Rat dem Desaster erstmals zugestimmt.**

**Wieder haben die Grünen ihre Koalitionspartner (bis 2021 CDU und FDP, seitdem SPD, Linke und Volt) für das unsinnige Projekt eingespannt.**

**Angesichts des jahrelangen Rechtsstreits zwischen Architekt und Planungsbüro, technischer Probleme (z. B. ist die Decke zu schwach, die notwendige Lüftungsanlage zu tragen) und dem Rückzug wichtiger Firmen (u. a. für Rohbauarbeiten und Elektrotechnik) liegt die Baustelle de facto still. Da hilft nur ein radikaler Einschnitt mit der Aufhebung des Denkmalschutzes und dem Abspecken der Sanierung:**

**Nur ca. 40 Prozent der Bausumme sind tatsächlich verbaut, 35 Prozent zwar beauftragt, aber stornierbar und 25 Prozent noch nicht einmal beauftragt. Da auch das Operngebäude voraussichtlich nicht sanierbar ist, braucht Bonn mit einem neuen „Haus der Musik“ einen Zukunftswurf. Die SPD hat das jetzt mit ihrem Einschwenken auf das grüne Beethovenhallen-Debakel erschwert.**

## **Beethovenhalle: Eine halbe Million € für Berater**

Anfang August 2022 hat die Stadtverwaltung für 250.000 € einen Berliner Berater für einen „Neustart“ bei der Beethovenhalle engagiert. (vgl. städt. Mitteilung 5.8.229).

Jetzt soll der Berater für weitere 200.000 € vier Monate lang die Projektleitung übernehmen (GA 23.9.22).

Vorsorglich hat dieser Berater schon einmal mitgeteilt, dass die bisherige Kostenprognose von 197 Mio € (beim Sanierungsbeschluss 60 Mio €) für die Sanierung der maroden Mehrzweckhalle nicht ausreicht.

Außerdem hält er den Fertigstellungstermin 2025 für nicht haltbar.

Als Neuigkeit teilte der Berater mit, er werde in den nächsten Monaten als Projektleiter „drei bis vier Tage“ pro Woche vor Ort sein

– ein echter Fortschritt, denn als die Projektleitung bei Stadtdirektor Fuchs lag, war dieser offenbar monatelang nicht auf der Baustelle gewesen.

All dies ändert freilich nichts daran, dass – so die Stadt am 15.6. 22 – „das Architekturbüro NSA die an der Sanierung beteiligten Projektpartner informiert, dass NSA und die mit der Bauleitung betraute Firma Leitwerk ab sofort die Arbeiten auf der Baustelle aussetzen.“

Dazu teilte die Stadt am 22.9.22 mit, es könnten „keine verlässlichen Angaben über eine Wiederaufnahme der Arbeiten gemacht werden.“

Bisher sind nur 40 Prozent der ständig steigenden Bausumme verbaut, 35 Prozent beauftragt, aber stornierbar und 25 Prozent noch nicht einmal beauftragt.

Verwaltung und Rat sollten endlich die Tatsachen akzeptieren: die „denkmalgerechte Sanierung“ war eine Fehlentscheidung.

Statt weiter ins Millionengrab zu rutschen, sollte man den gescheiterten Sanierungsprozess abbrechen und abspecken.

- Das zugleich das Opernhaus nicht sanierungsfähig ist, sollte man ein neues „Haus der Musik“ (mit angemessenem Saal für Konzert und Oper) für alle Bürger ins Auge fassen, in das eine abgespeckte Beethovenhalle integriert werden kann.

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 10. November 2022

## **Beethovenhalle: Honorar-Erhöhung von fast 70 Prozent**

**7 Mio € Zuschlag erhält das Architektenbüro bei der Beethovenhalle  
(jetzt insgesamt ca. 17 Mio €).**

**2,3 Mio € Zuschlag erhält ein Ingenieurbüro für die Technikplanung  
(jetzt insgesamt ca. 7,3 Mio €).**

**Damit hat die Stadt auf Vorschlag von OB Dörner  
das Honorar für diese Baustellen-Verantwortlichen um fast 70 Prozent erhöht:  
Diese Zuschläge werden für ein nachhaltiges Baustellen-Debakel gezahlt.**

**Im Gegenzug verpflichten sich die die Planer zwar  
(zur eigentlich selbstverständlichen) Vorlage  
eines „verbindlichen Terminplans“ (GA 10. 11.22).**

**Vertragsstrafen bei Nicht-Einhalten dieser Terminpläne gibt es aber nicht –  
tatsächlich ist also nichts verbindlich.**

**Ich hätte im Rat einer solchen Vereinbarung auf Kosten der Steuerzahler  
nicht zugestimmt und halte sie für grundfalsch.**

## Luxussanierung der Beethovenhalle abspecken

General-Anzeiger 17. 12. 2022

**Die Zukunft des Bonner Opernhauses bleibt noch mehr als ein Jahr unklar. Zum Artikel vom 9. Dezember.**

Am 2. Dezember 2021 beauftragte der Bonner Stadtrat die Verwaltung damit, die „Sanierungsfähigkeit“ und einen „Neubau des Opernhauses vor der Beethovenhalle“ zu prüfen. In dem Beschluss heißt es: „Vor einer Grundsatzentscheidung wird eine Kosteneinschätzung beider Varianten vorgelegt. Bereits im Zuge der Planungsphase soll die Bürgerschaft informiert und eine transparente und kontinuierliche Kommunikationsbasis geschaffen werden.“ Eine neue „Lenkungs-

gruppe“ solle von einem Bausachverständigen gesteuert werden.

Ein Jahr danach ist nichts davon passiert, GA-Redakteur Andreas Baumann schreibt richtiger- und traurigerweise, dass die beauftragte Prüfung „noch nicht einmal eingeleitet“ ist. Eine Stadtsprecherin bestätigt, dass „Voruntersuchungen zur Sanierungsfähigkeit noch nicht beauftragt“ sind. Was sollen eigentlich Ratsbeschlüsse, wenn die Verwaltungsspitze sie einfach ignoriert und sich der Rat diese Untätigkeit auch noch widerspruchslos gefallen lässt?

Schon das Desaster um die Beethovenhalle – dessen Ende trotz des soeben zum x-ten Mal verkündeten



**Die Sanierungsfähigkeit der Oper soll überprüft werden.** FOTO: ANDREAS BAUMANN

Neuanfangs nicht abzusehen ist – hatte seine Ursache darin, dass die „Sanierungsfähigkeit“ der maroden Mehrzweckhalle nicht geprüft wur-

de. Jetzt ist man dabei, bei der Oper den Fehler des Dahin-Wurschtelns zu wiederholen. Das ist nicht nur im Blick auf die städtischen Finanzen unverantwortlich, sondern auch ignorant gegenüber dem, was die Bürger im Blick auf das kulturelle Angebot in Bonn erwarten dürfen: Planungssicherheit und Mut zur Zukunft.

Der Weg dorthin besteht im Abspecken der Luxussanierung der Beethovenhalle – wo erst 40 Prozent der geplanten Gesamtsumme tatsächlich verbaut sind – und einem neuen Haus der Musik mit integrierter Oper, also einem zukunftsorientierten Beethoven-Campus.

**Dr. Stephan Eisel, Bonn**

# 2023

Stephan Eisel ([stephan.eisel@gru-nn.net](mailto:stephan.eisel@gru-nn.net)) 02-03-2023)

## Jetzt auch bei Außenanlage der Beethovenhalle Kostensprung um mehr als 30 Prozent

Mit einer Kostensteigerung in zehn Jahren von 29,8 Mio € (2012) auf 224,2 Mio € (2022) ist die Luxussanierung der maroden Mehrzweckhalle namens „Beethovenhalle“ längst zum unverantwortlichen Millionengrab für die Bonner Steuerzahler geworden.

Und dieses Millionengrab wird immer tiefer:

Im Februar 2023 kam jetzt auch für die Außenanlage ein Kostensprung von 30 Prozent dazu. Für verkehrssichernde Maßnahmen auf dem Parkplatz vor der Halle waren bisher 6,4 Mio € geplant. Für weitere „optische Verbesserungen“ beschloss der Rat 2018 noch 355.000 € (Drs. 1811636). Diese Summe stieg jetzt auf 2,3 Mio € an, so dass die gesamte Außenanlage nunmehr 8,7 Mio € netto kosten soll (Drs. 230281). Brutto, also mit anteiliger Umsatzsteuer belastet das den städtischen Haushalt sogar mit 8,8 Mio €.

Am 8. Dezember 2022 hatte sich die grüne OB Dörner mit den Stimmen von Grünen, SPD, Linker und Volt den Blankoscheck geben lassen, den Rat nicht mehr im Einzelnen über Kostensteigerungen informieren zu müssen. Ohne dass dies kontrolliert werden kann, behauptet die Verwaltung nun, dass alle Kostensteigerungen mit der im November 2022 beschlossenen Gesamtsumme abgedeckt sind. Überprüfen lässt sich das wegen der vom Rat akzeptierten Intransparenz nicht.

Die von den Bonner Grünen im Rat durchgesetzte und von CDU und FDP fahrlässig hingenommene Verhinderung des privat finanzierten Beethoven-Festspielhauses zugunsten einer Luxussanierung der maroden Beethovenhalle hat sich so zum Dauer-Desaster entwickelt.

Erste Vorschläge zu einer aufwendigen Sanierung der alten Mehrzweckhalle brachte 2012 OB Nimptsch (SPD) in den Rat ein und veranschlagte dafür 29,8 Mio €.

Im Dezember 2015 beschloss die Ratsmehrheit von Grünen, Linker, FDP und Teilen der CDU gegen die Willen des soeben neu gewählten OB Sridharan (CDU) 60,4 Mio € für die Sanierung. Im Sommer 2019 nannte die Verwaltung 166 Mio € als angebliche „Höchstgrenze“ der Sanierung. Im Sommer 2022 korrigierte die Verwaltung ihre eigene Prognose auf 194,6 Mio € und am 4. November 2022 legte OB Dörner (Grüne) als neue Kostenprognose als angebliche Höchstgrenze für das von ihr befürwortete Projekt den Betrag von 221,6 Mio € vor.

So wurde das Millionengrab bei der Beethovenhalle wurde so immer tiefer:

17.09.2012 (Drs. 12 1209SST7)	29,8 Mio €
10.12.2015 (Drs. 15 13665)	60,4 Mio €
<b>26.05.2017 (Drs. 17 11685):</b>	<b>64,0 Mio €</b>
23.02.2018 (Drs. 18 10539)	79,1 Mio €
23.08.2018 (Drs. 1812 225)	93,9 Mio €
27.09.2018 (Drs. 18125 79)	96,0 Mio €
02.05.2019 (Drs. 19 11188 ST2)	117,4 Mio €
20.03.2020 (Drs. 20 0455)	146,5 Mio €
27.08.2020 (Drs. 20 1599)	160,2 Mio €
09.12.2021 (Drs. 21 1968 – 01 ST)	171,8 Mio €
17.03.2022 (Drs. 22 0283-02 ST)	191,4 Mio €
04.11.2022 (Drs. 222234)	221,6 Mio €
20.11.2022 (Verwaltung laut GA)	224,2 Mio €

Trotz dieses enormen Aufwands wird es zu keiner Verbesserung der Akustik kommen. Damit bleibt die Beethovenstadt Bonn ohne einen angemessenen Konzertsaal.

Saniert wird lediglich eine Mehrzweckhalle.

Die für 2020 vorgesehene Fertigstellung hat sich inzwischen auf mindestens Ende 2025 verschoben.

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) - [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net))

1. Oktober 2023

## **Beethovenhalle – wieder Mehrausgaben: 1,7 Mio € in vier Monaten**

Eines der Prestigeprojekte der Bonner Grünen ist die Luxussanierung der Beethovenhalle auf Kosten der Bonner Steuerzahler. Diesem Millionengrab fiel auf Betreiben der Grünen das im Bau privat finanzierte und im Betrieb vom Bund getragene Beethoven-Festspielhaus 2015 zum Opfer.

Dass man zu diesem grünen Prestigeobjekt, das zum Millionengrab wurde, immer weniger erfährt, hat einen einfachen Grund: Am 8. Dezember 2022 hatte sich die grüne OB Dörner mit den Stimmen von Grünen, SPD, Linker und Volt den Blankoscheck geben lassen, den Rat nicht mehr im Einzelnen über Kostensteigerungen informieren zu müssen. Ohne dass dies kontrolliert werden kann, behauptet die grün geführte Verwaltung nun, dass alle Kostensteigerungen mit der im November 2022 beschlossenen Gesamtsumme von 221,6 Mio € abgedeckt sind. Überprüfen lässt sich das wegen der vom Rat akzeptierten Intransparenz nicht.

Ganz selten dringt seitdem ein Lichtstrahl ins Dämmerlicht der Endlos-Baustelle. So wurde am 19. September 2023 ein weitgehend unbeachteter Projektbericht bekannt, der dem Rat am 9. November 2023 November vorgelegt werden soll (Mitteilungsvorlage Drs. 231746).

In dieser Mitteilung ist zu lesen, dass die Hallensanierung seit Mai 2023 wieder um 1,8 Mio € teurer geworden ist: *„Das Kostencluster Unvorhergesehenes / weitere Rückstellungen ist aufgrund Mehrkosten bei Rohbauarbeiten und Trockenbau reduziert.“* Diese erneute Kostensteigerung ist eingetreten, obwohl bisher weniger als die Hälfte der geplanten Bausumme tatsächlich bezahlt ist, also weitere Kostenrisiken mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind.

Außerdem – so der Projektbericht - sei weiterhin die *„Finalisierung Ausführungsplanung schleppend, ebenso der Werk- und Montage Planungs-Prüf-Prozess“*. So bleibt der Zeitplan (Inbetriebnahme Ende 2025) unzuverlässig und die Kosten schießen weiter in die Höhe.

Erst im Februar 2023 war für die Außenanlage ein Kostensprung von 30 Prozent dazu gekommen. Für verkehrssichernde Maßnahmen auf dem Parkplatz vor der Halle waren bis dahin 6,4 Mio € geplant. Für weitere „optische Verbesserungen“ beschloss der Rat 2018 noch 355.000 € (Drs. 1811636). Diese Summe stieg dann auf 2,3 Mio € an, so dass die gesamte Außenanlage nunmehr 8,7 Mio € netto kosten soll (Drs. 230281). Brutto, also mit anteiliger Umsatzsteuer, belastet das den städtischen Haushalt sogar mit 8,8 Mio €. In den Gesamtkosten ist das nicht enthalten. Mit einer Kostensteigerung in zehn Jahren von 29,8 Mio € (2012) auf 224,2 Mio € (2022) ist die Luxussanierung der maroden Mehrzweckhalle namens „Beethovenhalle“ längst zum unverantwortlichen Millionengrab für die Bonner Steuerzahler geworden.

Die von den Bonner Grünen im Rat durchgesetzte und von CDU und FDP fahrlässig hingenommene Verhinderung des privat finanzierten Beethoven-Festspielhauses zugunsten einer Luxussanierung der maroden Beethovenhalle hat sich so zum Dauer-Desaster und der schwersten Fehlentscheidung in der jüngeren Stadtgeschichte entwickelt.

- Erste Vorschläge zu einer aufwendigen Sanierung der alten Mehrzweckhalle brachte 2012 OB Nimptsch (SPD) in den Rat ein und veranschlagte dafür 29,8 Mio €.
- Im Dezember 2015 beschloss die Ratsmehrheit von Grünen, Linker, FDP und Teilen der CDU gegen die Willen des soeben neu gewählten OB Sridharan (CDU) 60,4 Mio € für die Sanierung.
- Im Sommer 2019 nannte die Verwaltung 166 Mio € als angebliche „Höchstgrenze“ der Sanierung.
- Im Sommer 2022 korrigierte die Verwaltung ihre eigene Prognose auf 194,6 Mio € und
  - am 4. November 2022 legte OB Dörner (Grüne) als neue Kostenprognose als angebliche Höchstgrenze für das von ihr befürwortete Projekt den Betrag von 221,6 Mio € vor.

So wurde das Millionengrab bei der Beethovenhalle immer tiefer:

17.09.2012 (Drs. 12 12095ST7)	29,8 Mio €
10.12.2015 (Drs. 15 13665)	60,4 Mio €
26.05.2017 (Drs. 17 11685):	64,0 Mio €
23.02.2018 (Drs. 18 10539)	79,1 Mio €
23.08.2018 (Drs. 1812 225)	93,9 Mio €
27.09.2018 (Drs. 18125 79)	96,0 Mio €
02.05.2019 (Drs. 19 11188 ST2)	117,4 Mio €
20.03.2020 (Drs. 20 0455)	146,5 Mio €
27.08.2020 (Drs. 20 1599)	160,2 Mio €
09.12.2021 (Drs. 21 1968 – 01 ST)	171,8 Mio €
17.03.2022 (Drs. 22 0283-02 ST)	191,4 Mio €
04.11.2022 (Drs. 222234)	221,6 Mio €
20.11.2022 (Verwaltung laut GA)	224,2 Mio €

Trotz dieses enormen Aufwands wird es zu keiner Verbesserung der Akustik kommen.

Damit bleibt die Beethovenstadt Bonn ohne einen angemessenen Konzertsaal.

Saniert wird lediglich eine marode Mehrzweckhalle – als grünes Prestigeprojekt ...

# 2024

Dr. Stephan Eisel ([stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) - [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de))  
20. Juni 2024

## **Beethovenhalle: Licht im Saal und undurchschaubar in der Substanz**

Von der Beethovenhalle hört man wenig, seit sich der Stadtrat im letzten Jahr selbst kastriert hat und auf Vorschlag der grünen Oberbürgermeisterin nur noch rudimentär und für die Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar informiert wird.

Umso mehr fällt auf, dass im General-Anzeiger am 18. Juni 2024 unter der euphemistischen Überschrift

„Im Saal der Beethovenhalle brennt schon das Licht“

der zuständige städtische Projektleiter mit dem Hinweis zitiert wird, es gebe noch „finanzielle Risiken“.

Das Budget von zuletzt rund 221 Mio € (ursprünglich 61 Mio €) werde allenfalls „nach jetzigem Stand gehalten“.

Risiken gebe es auch für den

„bevorstehenden Inbetriebnahmeprozess der Halle“.

Wörtlich sagte der Projektleiter: „Die behördliche Bauabnahme Dezember 2024 bleibt herausfordernd und ambitioniert.

Aber selbst eine mehrmonatige Verschiebung würde den Eröffnungstermin im Dezember 2025 nicht gefährden.“

Na denn ...

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) - [Stephan.eisel@gmx.net](mailto:Stephan.eisel@gmx.net))  
10. Dezember 2024

## **Beethovenhalle bleibt Krisenherd**

### **Geschäftsführer der Betreibergesellschaft tritt zurück**

#### **Grüne wollen bei Gewinnprognose Luftnummer**

Schon beim Bau wurde die Sanierung der maroden Beethovenhalle zu einem Millionengrab:

Die Kosten explodierten von 29,8 Mio € (2012) auf mindestens 225 Mio € (2023).

Jetzt zeichnet sich das nächste Desaster ab:

Es gibt bisher keinen Businessplan, also keine Vorstellung darüber, wer die Mehrzweckhalle abgesehen von Beethovenorchester und Beethovenfest eigentlich nutzen soll.

Die Mieten werden für die sanierte Halle so angehoben, dass schon diese beiden Nutzer auf eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse angewiesen sind, um sie bezahlen zu können.

Dazu kommen von den Grünen herbeigeführte Vermietungerschwernisse wie der Wegfall von Parkplätzen und das Problem, dass die „denkmalgerechte“ Sanierung wesentliche Defizite der Halle wie die schlechte Akustik nicht beseitigt, sondern zementiert hat.

Betrieben werden sowohl Beethovenhalle als auch das Kongresszentrum WCCB von der städtischen „Bonn Conference Center Management GmbH“ (BonnCC).

Deren Geschäftsführer Kleine-Hartlage hat jetzt in offenem Streit mit der grünen Stadtspitze seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Der von den Grünen geholte Stadtkämmerer Fark hatte von ihm eine Korrektur der Gewinnerwartung für die Betreibergesellschaft nach oben verlangt, um den Eindruck eines Beitrags zur Haushaltssanierung zu erwecken.

Kleine-Hartlage hat sich dieser Luftnummer verweigert.

Er hatte in seinem Wirtschaftsplan für 2025 ein Plus von 1,2 Mio € prognostiziert.

Stadtkämmerer Fark will diese Prognose auf 2,9 Mio € trotzdem mehr als verdoppeln.

Kleine Hartlage sieht aber ein solches Potential für Vermietungen nicht.

Schon seiner „Gewinnprognose“ liegt übrigens ein (vom WCCB aufzufangendes) Defizit bei der Beethovenhalle zugrunde.

Die Stadt ist wieder einmal dabei, sich bei der Mehrzweckhalle die Wirklichkeit schönzurechnen.

## **Beethovenhalle künftig jährlich mit Betriebskostendefizit von mehr als 8 Mio €**

### **Städtischer Steuertrick auf Kosten künftiger Mieter provoziert Leerstand**

Nachdem bei der Beethovenhalle die Sanierungskosten von 29,8 Mio € (2012) über 60,4 Mio € (2015) auf mindestens 225 Mio € (2024) ein immer tieferes Millionengrab auf Kosten der Bonner Bürger verursachten, wird jetzt das nächste Desaster sichtbar:

Die Stadtverwaltung rechnet mit einem jährlichen Betriebsdefizit von mindestens 8,2 Mio €. Zudem ist völlig unklar, wer abgesehen vom Beethoven Orchester die Halle künftig nutzen wird.

Obwohl die Halle ab 2026 vermietet werden soll, liegen der Betreibergesellschaft BonnCC bisher „keine Anfragen“ vor und auch bei der Stadt haben sich private Veranstalter „bisher noch nicht gemeldet“ (General-Anzeiger 22. 12. 2024).

Das liegt an einer massiven Erhöhung der Miete (genaue Zahlen werden noch verheimlicht) und auch an einem Steuertrick der Stadt auf Kosten künftiger Mieter.

Bei der Sanierung hat sie nämlich statt der fälligen 19 % nur 1% Umsatzsteuer abgeführt.

Die Sanierung wäre sonst noch einmal um ca. 39 Mio € teurer geworden.

Bedingung des Finanzamtes: Bei Vermietungen müssen 19 % Umsatzsteuer auf Catering, Personal und Technik erhoben werden. Dadurch wird die Miete noch einmal deutlich teurer. Die städtische Kalkulation geht davon aus, dass nur fünf Prozent der Veranstaltungen ohne Zusatzleistungen stattfinden dürfen. Es sind also praktisch alle künftigen Mieter betroffen.

So droht nach der unverantwortlich teuren Sanierung der maroden Mehrzweckhalle dort künftig gewaltiger Leerstand, was das jährliche Betriebskostendefizit weiter erhöhen wird. Die wesentlich von den Grünen betriebene, von CDU und FDP aber fahrlässig hingegenommene

Sanierung der Beethovenhalle statt der Realisierung des privat finanzierten Beethoven-Festspielhauses bleibt eine der schwerwiegendsten Fehlentscheidungen von Rat und Verwaltung in der Bonner Stadtgeschichte der letzten Jahrzehnte.

# 2025

Dr. Stephan Eisel – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) 20. März 2025

## Grün geführte Bonner Stadtverwaltung

### will Beethovenhallen-Desaster mit neuem Trick verschleiern

Das Desaster um die vor allem von den Grünen durchgesetzte Luxussanierung der Bonner Beethovenhalle geht weiter. Zuerst explodierten die Sanierungskosten der maroden Mehrzweckhalle von 29,8 Mio. € (2012) auf mindestens 225 Mio. € (2023/24). Jetzt gibt es für die zum Jahresende fertiggestellte Halle praktisch keine Nutzungsanfragen. Betrieben werden sowohl Beethovenhalle als auch das Kongresszentrum WCCB von der städtischen „Bonn Conference Center Management GmbH“ (BonnCC). Deren Geschäftsführer Kleine-Hartlage hat Anfang Dezember 2024 in offenem Streit mit der grünen Stadtspitze seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Der neue grüne Stadtkämmerer Fark hatte von ihm eine Korrektur der Gewinnerwartung für die Betreibergesellschaft nach oben verlangt, um einen Beitrag zur Haushaltssanierung zu simulieren. Kleine-Hartlage hat sich dieser Luftnummer verweigert, weil keine Anfragen gibt, die Beethovenhalle zu mieten. Jetzt schlägt die Stadtverwaltung vor, die Beethovenhalle aus der BonnCC auszugliedern und den Liegenschaften des Theaters Bonn zuzuschlagen.

Die Umsetzung dieses Vorschlages würde bedeuten, dass die absehbaren Defizite der Beethovenhalle künftig nicht mehr durch die Bilanz von BonnCC transparent werden und den städtischen Haushalt insgesamt belasten, sondern nur noch den Kulturhaushalt.

Dieses Betriebskostendefizit lag schon vor der Sanierung bei ca. 2 Mio. € jährlich und wird nach Inbetriebnahme sicherlich um ein Vielfaches steigen.

Die Folgen der gesamt(!) städtischen Fehlentscheidung zur Hallensanierung im Kulturhaushalt zu verstecken und damit einseitig die Kultur zu belasten, ist inakzeptabel.

Stephan Eisel – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) – 14. Juli 2025



## Mit den Grünen gewinnt Bonn nicht, sondern verliert

Die grüne OB-Kandidatin möchte den Bonner Wählern klarmachen, dass „Bonn gewinnt“, wenn sie (wieder)gewählt würde. Dass sie dafür auf ihren Plakaten ausgerechnet das Beethovenhallen-Desaster anführt, ist ein Beispiel für krasse Realitätsverweigerung.

Es waren nämlich vor allem die Grünen, die das im Bau völlig privat finanzierte und im Betrieb weitgehend vom Bund getragene Beethoven-Festspielhaus verhinderten und stattdessen die „denkmalgerechte Sanierung“ einer maroden Mehrzweckhalle durchsetzten.

Frau Dörner war daran als führende Grüne unmittelbar beteiligt.

Die Bonner Steuerzahler kostet diese Baumaßnahme mindestens 221 Mio € und für den Betrieb jährlich mindestens 2-3 Mio € jährlich.

Wegen der enorm hohen Hallenmieten sind überdies praktisch keine Mieter in Sicht.

**Die Beethovenhalle ist also ein besonders deutliches Beispiel dafür, dass Bonn mit den Grünen nicht gewinnt, sondern verliert. Daran erinnert Frau Dörner mit ihrem Plakat.**

# 5. Sonstiges

Das Politikverständnis der Bonner Grünen wird immer wieder an ganz verschiedenen Punkten deutlich – auch im Verhalten der von ihnen geführten Verwaltung. Dabei vertragen die Bonner Grünen Kritik garnicht gut, sondern betrachten sie oft als Majestätsbeleidigung.

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 29. Dezember 2022

**Wie ein Wahlplakat wirken  
die Festtagsgrüße auf großflächigen Postern  
auf grünem Untergrund der grünen Oberbürgermeisterin in Bonn  
auf Steuerzahlerkosten und natürlich mit Namensnennung.**



**Ich finde das stillos:  
Warum kommen die Wünsche nicht  
parteiübergreifend vom Stadtrat ?**

**Oder noch besser:  
Man hätte das Geld für etwas Sinnvolleres ausgegeben.  
Es geht immerhin um einen fünfstelligen Betrag  
(pro Poster ca. 1.000 €).**

Dr. Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net)) 8. Dezember 2023

## Kunst in Bonn nicht abbauen!

Die Bonner Kunstkommission hat 15 Mitglieder. Bei der letzten Sitzung waren davon 5 anwesend. Davon stimmten drei für den Abbau von zwei privat finanzierten Kunstwerken auf Plätzen der Stadt. Eine der Skulpturen ist die „Hommage an Beethoven“ von Markus Lüpertz.

Würde diese Empfehlung umgesetzt, blieben die entsprechenden Plätze leer.

Die Kommission sorgt sich, dass die Kunstwerke zu Denkmälern werden könnten. Als die Beethoven-Statue auf dem Münsterplatz 1845 aufgestellt wurde, war sehr umstritten, wie man den Komponisten präsentieren sollte. Das Denkmalkomitee entschied sich damals dagegen, Beethoven in der Art einer antiken Apollo-Statue dazustellen. Stattdessen votierte man gegen den Zeitgeist für zeitgenössische Kleidung. Was manchen damals zu modern erschien, wurde dann bald ein allgemein akzeptiertes Denkmal.

Warum macht sich eine Kunstkommission darüber Sorgen?

Ähnlich befremdlich ist das in der Kunstkommission vorgetragene Argument, die Beethoven-Skulptur habe keine „Ortsbezogenheit“. In einem Radius von weniger als 300 Meter um die Skulptur liegen die Rheingasse mit Beethovens Wohnhaus und sein Arbeitsplatz im kurfürstlichen Schloss. Wer hier keine Standortbezogenheit für eine „Hommage an Beethoven“ erkennt, hat offenbar wenig Kenntnis über Beethoven und Bonn.

Die politischen Gremien sollten dieser Empfehlung der Kunstkommission nicht folgen!

Meinen offenen Brief als Vorsitzender der BÜRGER FÜR BEETHOVEN finden Sie hier:

<https://www.buergerfuerbeethoven.de/clubs/beethoven/news/Brief-Bezirksvertretung-Luepertz-07-12-23.pdf>

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan\\_eisel@gmx.net](mailto:stephan_eisel@gmx.net)) 2. Juni 2023

**Ende 2021 hat der Bonner Rat  
ein Gutachten zur „Sanierungsfähigkeit“  
des maroden Operngebäudes beschlossen.  
Mitte 2023 hat die Verwaltung immer noch  
keine Fachfirma damit beauftragt.  
Das ist nicht nur eine glatte Missachtung des Stadtrates,  
sondern auch unverantwortlich  
gegenüber der Bonner Kultur und der Bürgerschaft.**

Stephan Eisel ([www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan\\_eisel@gmx.net](mailto:stephan_eisel@gmx.net))

13. Dezember 2024

## **Mehr als eine halbe Milliarde Euro für die Sanierung des Bonner Stadthauses**

**Beschlussvorschlag der grünen Oberbürgermeisterin ohne gesicherte Faktengrundlage**  
466 Mio € soll die von der grünen Oberbürgermeisterin in Bonn vorgeschlagene Sanierung  
des Stadthauses nach Auskunft der Verwaltung mindestens (!!!) kosten.

Nicht mitgerechnet sind dabei schon jetzt Zinsen von bis 210 Mio €  
und das Risiko von Baukostensteigerungen.

Es fehlt eine Kostenschätzung für die Entsorgung von Asbest und ähnlichen Stoffen.  
Mit der Kostenschätzung hat die Stadt das gleiche Beratungsunternehmen beauftragt,  
das sich schon bei der Beethovenhalle gewaltig verrechnet hat:

Dort wurden 60 Mio € prognostiziert, aus denen dann mindestens 225 Mio € wurden.  
Auch jetzt nennt das Unternehmen die eigene Schätzung „lediglich eine grobe Annahme“  
und weist darauf hin, „dass die Begutachtung der Bauteile nur stichprobenartig erfolgen  
konnte und ein Großteil der Bauteile nicht einsichtbar war,  
durch Abhangdecken und Fassadenteile verdeckt.“

Eigentlich müsse „eine genauere Untersuchung vorgenommen werden.“  
Auf dieser wackeligen Grundlage soll der Rat auf Vorschlag der grün geführten  
Stadtverwaltung einen Beschluss zur Sanierung fassen.

Der Rat hat der Vorlage leider mit Mehrheit zugestimmt.

Ich hätte meine Hand dafür nicht gehoben.

Die Stadt sollte jetzt wenigstens ein Ausstiegsszenario vorbereiten,  
falls es so kommt wie bei der Beethovenhalle, wo Abschätzung der Risiken  
auch nur „eine grobe Annahme“ war und ins Millionengrab führte.

August 2025

**BITTER FÜR ALLE, DIE DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT LIEBEN:**

**Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf steht nicht mehr für das Bundesverfassungsgericht zur Verfügung – um „Schaden von der Demokratie abzuwenden“. Respekt für diesen Schritt! Sie zeigt das Verantwortungsbewusstsein, das CDU und CSU ganz offensichtlich fehlt.**

**Dabei sind es CDU und CSU, die Demokratie und Rechtsstaat massiven Schaden zufügen, sich rechtsextremer Meinungsmache beugen und Fakenews mitbetreiben. Die „Anfänge“ sind längst überschritten.**

**In Bonn stehen wir weiter für Grundgesetz, Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt ein.**

**Katja Dörner**

**EIN GUTER TAG FÜR ALLE, DIE DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT LIEBEN:**

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf steht nicht mehr für das Bundesverfassungsgericht zur Verfügung. Sie hat eingesehen, dass kein Kandidat einen Anspruch darauf hat, auch gewählt zu werden. Wir in Bonn wissen, dass die Freiheit der Wahl Kern der Demokratie ist.

Ich hätte Frau Brosius-Gersdorf nicht gewählt, weil sie Menschenwürde für „abwägungsfähig“ hält und meint: „Die Annahme, dass die Menschenwürde überall gelte, wo menschliches Leben existiert, ist ein biologistisch-naturalistischer Fehlschluss.“ Wir in Bonn wissen, dass es im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Es ist diffamierend denen, die ihr deswegen die Stimme nicht geben wollten, vorzuwerfen, sie würden sich „rechtsextremer Meinungsmache beugen“. Wir in Bonn wissen, dass man andere Meinung respektiert und nicht diffamiert.

In Bonn stehen wir weiter für Grundgesetz, Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt ein.

**Stephan Eisel**

Stephan Eisel – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) 11. August 2025

**Frau Dörner, wo bleibt der Respekt vor den anstehenden Wahlen?**

Die nächsten Oberbürgermeisterwahlen in Bonn finden am 14. September bzw. bei einer Stichwahl am 28. September 2025 statt.

Die Amtszeit der jetzigen Amtsinhaberin endet am 30. Oktober 2025.

Jetzt hat Frau Dörner auf Kosten der Bonner Steuerzahler eine Einladung verschickt, „die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner, freut sich“ am 16. Dezember 2025 die Eröffnung der Beethovenhalle zu feiern.

Dass der Wahlausgang offen ist, scheint die jetzige Amtsinhaberin nicht zu interessieren. Es wäre einfach gewesen, in der Einladung aus Respekt vor den anstehenden Wahlen, ohne Namen eines Amtsinhabers neutral auf den anstehenden Termin hinzuweisen.

Dass das nicht geschehen ist, halte ich für stillos und respektlos gegenüber den Bewerbern um das Oberbürgermeisteramt und den Wählern.

**Mit Pauken und Trompeten öffnet die neue Beethovenhalle Bonn wieder ihre Türen!**

Die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner, freut sich, die Wiedereröffnung der Beethovenhalle Bonn nach umfangreicher Modernisierung und denkmalgerechter Sanierung gemeinsam mit Ihnen zu feiern.

**Dienstag, 16. Dezember 2025, um 19 Uhr  
Beethovenhalle Bonn, Wachsbleiche 16, 53111 Bonn**

Stephan Eisel – [www.stephaneisel.de](http://www.stephaneisel.de) – [stephan.eisel@gmx.net](mailto:stephan.eisel@gmx.net) 13. August 2025

**Nicht Schilda, sondern Bonn:  
Städtisches Zwangsgeld von 20.000 € für  
480 Sekunden Rockmusik von Weltstars**

Der Bonner KUNST!RASEN brachte mit der US-Rockband LYNARD SKYNNARD am 5. Juli 2025 Weltstars nach Bonn. Das Konzert war absolut herausragend.

Das Publikum mit über 4.000 Besuchern war begeistert – aber die Band spielte 8 (!) Minuten länger als geplant (vor 22 Uhr). Für diese 480 Sekunden (!) verhängte die Bonner Stadtverwaltung jetzt ein „Zwangsgeld“ von 20.000 € gegen die Veranstalter.

Geht's noch? Müssen aus dem Stadthaus immer wieder solche Signale des provinziellen Starrsinns kommen? Wollen wir uns wirklich regelmäßig lächerlich machen? Hier sollte die grüne Verwaltungschefin schnellstens eingreifen und die städtische Bürokratie zur Lebensnähe zwingen